

AHK

World Business Outlook

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen
Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen

Herbst
2018



Geschäftslage



Geschäfts-
erwartungen



Konjunktur



Investitionen



Beschäftigung



DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

AHK

Deutsche
Auslandshandelskammern

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Herbst 2018 die Rückmeldungen von weltweit über 3.500 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug.

35 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 42 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 23 Prozent sind Handelsunternehmen. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeiter machen 54 Prozent der Antworten aus. 23 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter haben einen Anteil von 23 Prozent der Befragten.

Die Umfrage wurde im September und Oktober 2018 durchgeführt.

Inhalt

Kernbotschaften	3
Europäische Union	6
Ost-/Südosteuropa, Russland, Türkei	10
Asien / Pazifik	12
Nordamerika	15
Süd- und Mittelamerika	17
Nah- und Mittelost	19
Afrika	20
Statistischer Anhang	22
Fragebogen	31



Herausgeber
und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der
Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: www.dihk.de
Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin
Twitter: [http://twitter.com/DIHK_News](https://twitter.com/DIHK_News)
[http://twitter.com/DIHK_Research](https://twitter.com/DIHK_Research)

Redaktion

Emanuel Weishäupl
Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Layout

Sebastian Titze, Friedemann Encke

Stand

November 2018

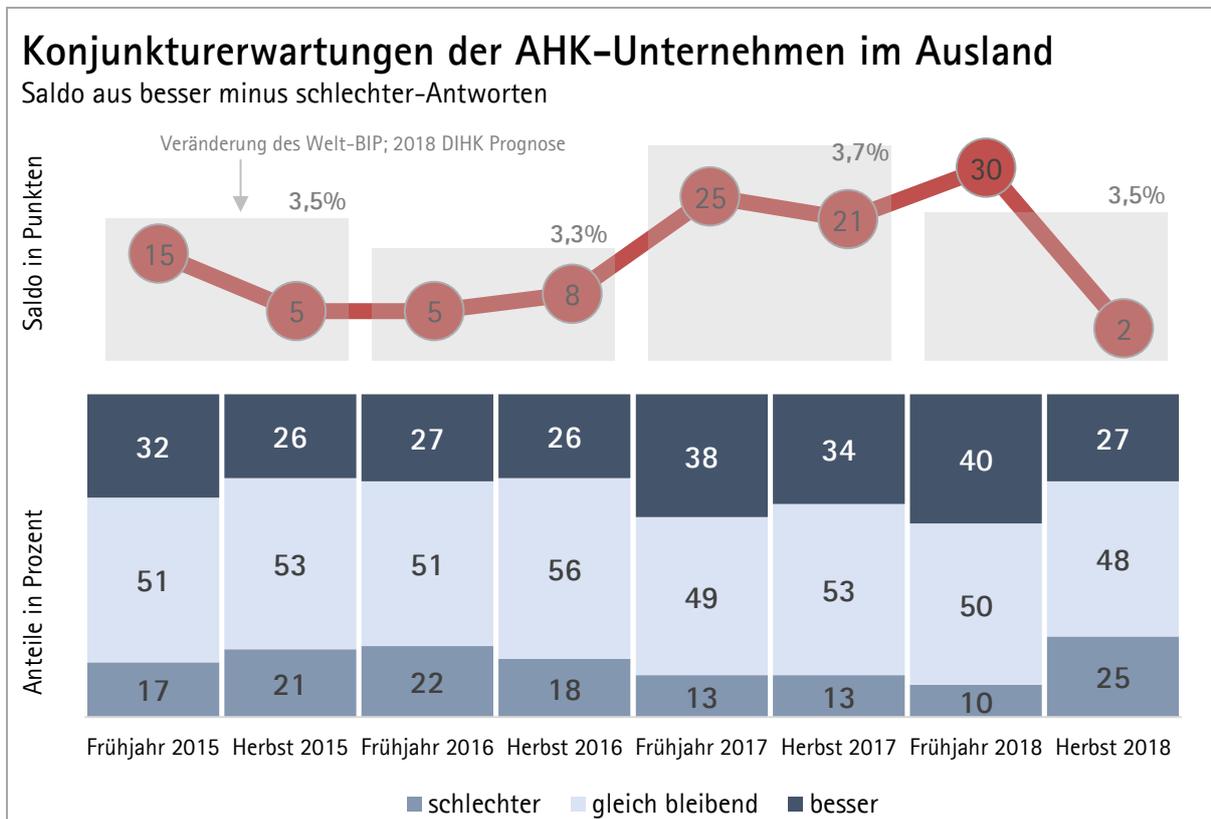
Kernbotschaften

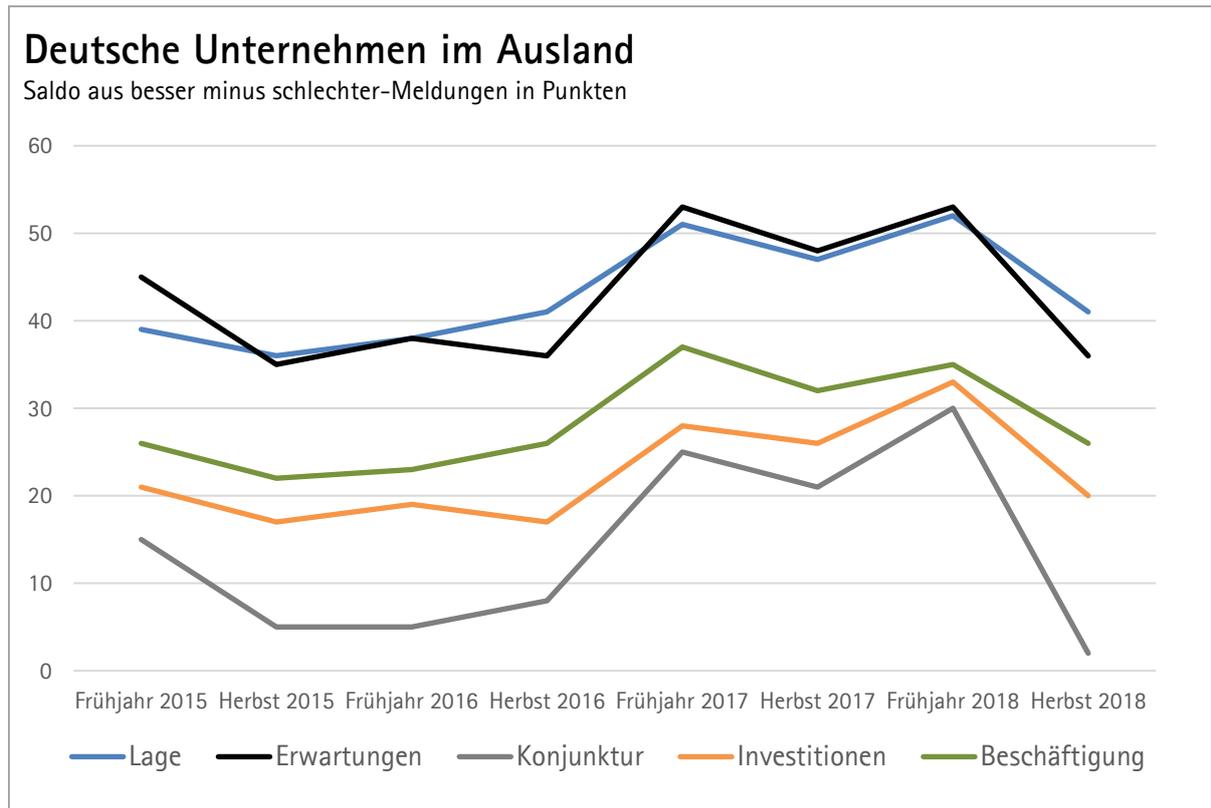
Weltwirtschaftsklima kühlt sich ab

Die Weltwirtschaft wächst langsamer. Zudem verläuft die weltwirtschaftliche Expansion nicht mehr so synchron über wichtige Weltregionen hinweg wie noch vor einem Jahr. Das Wachstum bleibt hinter den Erwartungen zurück. Die globalen Konjunkturerwartungen der deutschen Unternehmen sind deutlich zurückgegangen. Haben im Frühjahr noch 40 Prozent positiv auf die konjunkturelle Entwicklung vor Ort geblickt, gehen im Herbst 2018 nur noch 27 Prozent von einer Verbesserung aus. Die Zahl der Betriebe, die eine Verschlechterung erwartet, ist hingegen von zehn auf 25 Prozent angestiegen. Mit zwei Punkten kann sich der Saldo aus besser- und schlechter-Bewertungen nur knapp über der Nullgrenze halten. In allen Teilen der Erde sind die konjunkturellen Erwartungen mitunter

deutlich gesunken – mit Ausnahme von Nordamerika. Hier macht sich die Sonderkonjunktur durch die Steuerreform in den USA noch bemerkbar. Inzwischen sieht weltweit jedoch die Hälfte aller Betriebe die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als größtes Risiko für das Auslandsgeschäft. Gut ein Viertel befürchtet weiterhin Nachteile durch Handelsbarrieren. Zudem wachsen angesichts der Währungskrisen in der Türkei oder in Argentinien die Sorgen um den Wechselkurs.

Damit scheint sich die wachsende wirtschaftspolitische Unsicherheit – etwa durch den Handelskonflikt zwischen China und den USA oder den Brexit – absehbar in den Geschäftsbüchern der Unternehmen niederzuschlagen. Außerdem haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen in Folge der gestiegenen US-Zinsen sowie heimischer Probleme in vielen Schwellenländern





deutlich verschlechtert. Gerade für die exportorientierte Wirtschaft Deutschlands bergen die derzeitigen Entwicklungen im Welthandel erhebliche Risiken.

Geschäfte im Ausland werden schwieriger

Die abflauende Weltkonjunktur bedroht das Auslandsgeschäft der deutschen Wirtschaft. Sowohl die eigene Geschäftslage als auch die zukünftigen Geschäftserwartungen werden von den im Ausland tätigen deutschen Unternehmen erheblich schlechter eingeschätzt als noch im Frühjahr. 51 Prozent bewerten ihre derzeitige Geschäftssituation im Ausland als gut, zehn Prozent als schlecht. Der Lagesaldo verringert sich von 52 Punkten auf 41 Punkte. Bei den Geschäftserwartungen fällt der Rückgang noch erheblicher aus. Während die Positiv-Bewertungen von 57 Prozent auf 48 Prozent zurückgehen, steigt die Zahl der Negativ-Bewertungen von vier auf zwölf Prozent. Dementsprechend schrumpft der Saldo deutlich von 53 auf 36

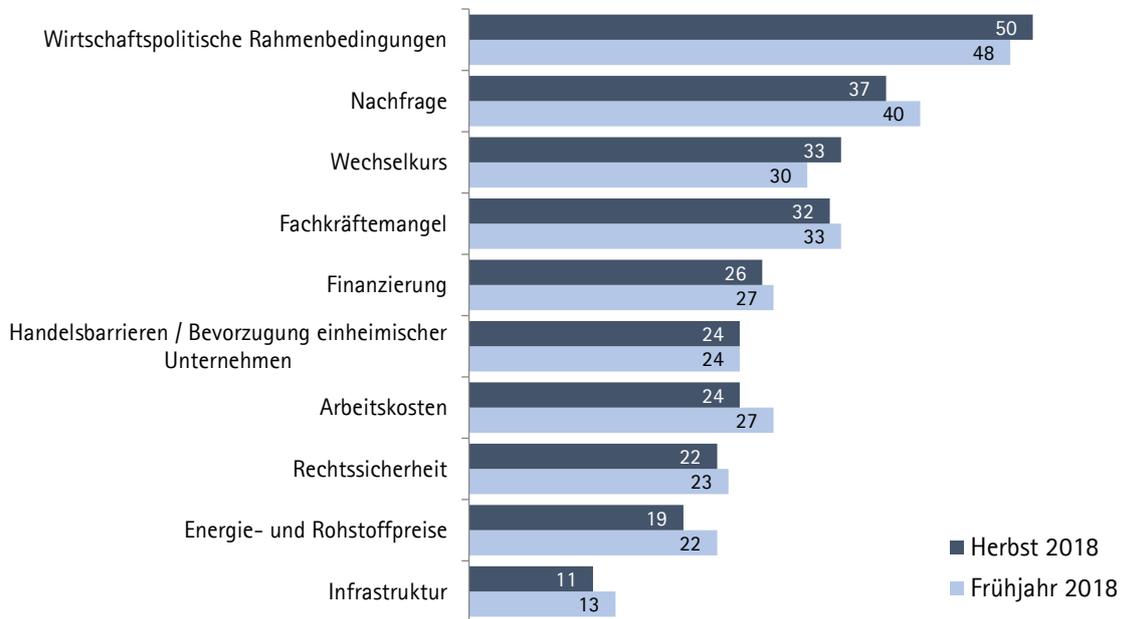
Punkte und erreicht seinen tiefsten Stand seit genau drei Jahren.

Investitions- und Beschäftigungsaussichten trüben ein

Im Zuge des nachlassenden weltwirtschaftlichen Schwungs verliert auch die globale Investitionstätigkeit an Kraft. Insbesondere im Iran, in der Türkei und in Russland fahren viele Unternehmen mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (US-Sanktionen, Inflationsanstieg und Währungsverfall) ihre Investitionsaktivität zurück. Noch 38 Prozent der Unternehmen (Frühjahr: 44) fassen eine Ausweitung ihrer Investitionsaktivitäten ins Auge. 18 Prozent geben an, ihr Investitionsvolumen reduzieren zu wollen. Insgesamt schrumpft der Investitionssaldo weltweit von 33 auf 20 Punkte.

Die pessimistischere Grundstimmung schlägt sich auch auf die Beschäftigungsabsichten der Betriebe nieder. Gingen in der Vorumfrage noch

Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland in den kommenden zwölf Monaten (in Prozent)



43 Prozent von einer Erhöhung der Beschäftigung aus, sind es aktuell nur noch 39 Prozent. Umgekehrt steigt die Zahl der Unternehmen, die mit geringerer Beschäftigung planen müssen, um fünf Prozentpunkte auf 13 Prozent. Daraus ergibt sich ein Beschäftigungssaldo von 26 Punkten (Frühjahr 35).

Wirtschaftspolitik bereitet Kopfzerbrechen

Die Sorgen um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nehmen zu. Nach 48 Prozent im Frühjahr nennen im Herbst 50 Prozent der Unternehmen die Wirtschaftspolitik als größten Unsicherheitsfaktor für das Auslandsgeschäft. Weltweit sehen sich die Unternehmen mit wachsenden Handelseinschränkungen, politischen Krisen und Abschottungstendenzen konfrontiert. In Europa droht mit dem „No-deal“-Szenario beim Brexit große wirtschaftliche Unsicherheit. Für zusätzliche Anspannung in der europäischen Staatengemeinschaft sorgen die Haushaltspläne der italienischen Regierung.

Gleichzeitig sorgen Währungskrisen weltweit für eine wachsende Unsicherheit hinsichtlich des Wechselkurses. Besonders in Schwellenländern wie der Türkei oder Argentinien hat die Kombination aus hoher Verschuldung, steigender Inflation, abflauendem Wachstum und politischen Widrigkeiten eine massive Kapitalflucht ausgelöst. Inzwischen sieht weltweit jedes dritte Unternehmen seine Geschäfte von starken Wechselkursschwankungen bedroht.

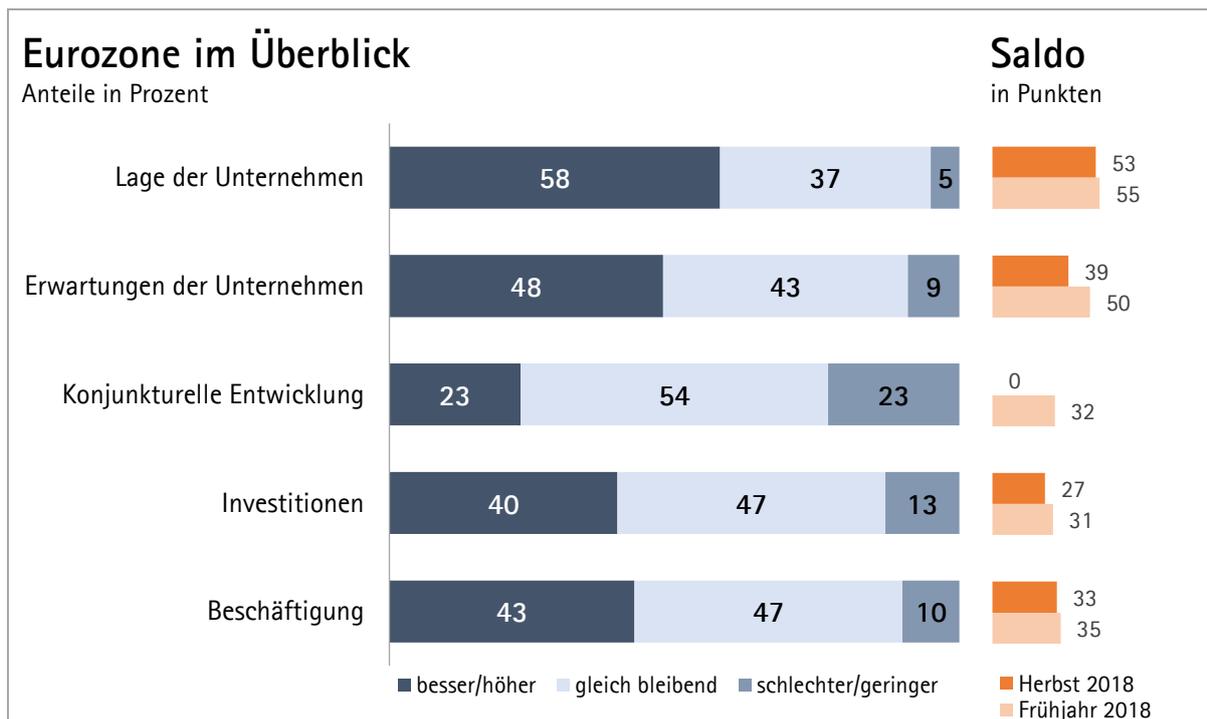
Europäische Union

Der Aufschwung in der EU verliert an Fahrt. Nach deutlicherem Wachstum im Nachgang der Wirtschafts- und Währungskrise in vielen Ländern wird nun wieder auf einen langsameren Expansionspfad eingeschwenkt. Wichtigster Treiber des Wachstums ist nach wie vor der Konsum. Auch die Investitionstätigkeit entwickelt sich solide, entfaltet aber – außer in einigen osteuropäischen Mitgliedstaaten – keine große Dynamik.

Ein weniger schwungvolles Ausfuhrgeschäft aus der EU heraus, unter anderem aufgrund von Komplikationen beim Übergang zum neuen Abgas-Teststandard WLTP, bremst die wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus bereiten vor allem die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen den Unternehmen Sorgen. Besonders ein ungeordneter Austritt Großbritanniens aus der EU sowie die Gefahr einer neuen Schuldenkrise in Italien sorgen für Verunsicherung und bergen Risiken für die europäische Konjunktur.

In der Eurozone bewerten die Unternehmen ihre Lage mit 58 Prozent Positiv-Bewertungen und fünf Prozent Negativ-Bewertungen ähnlich gut wie im Frühjahr. Allerdings gehen mehr Betriebe von einer gleichbleibenden oder schlechteren Entwicklung ihrer Geschäfte in Zukunft aus. Der Erwartungssaldo sinkt von 50 auf 39 Punkte. Analog dazu verdunkeln sich die Aussichten der Unternehmen bezüglich der Konjunktur. Lag der Konjunktursaldo in der Vorumfrage noch bei 32 Punkten, fällt er im aktuellen AHK World Business Outlook auf null zurück. In Erwartung einer gebremsteren Konjunktur zeigen sich die Unternehmen auch in Bezug auf ihre Investitions- und Beschäftigungsabsichten zurückhaltender.

In den anderen EU-Staaten lässt sich ein ähnlicher Trend erkennen. Die derzeitige Geschäftslage wird von den Betrieben überwiegend positiv bewertet, die zukünftigen Entwicklungen tendenziell verhalten. In einigen Ländern wie zum Beispiel Portugal oder Rumänien gehen die Wachstumserwartungen sogar deutlich zurück.



Frankreich

Die Konjunktur in Frankreich hat sich im ersten Halbjahr 2018 spürbar abgekühlt. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird dieses Jahr niedriger ausfallen als zu Jahresbeginn erwartet. Insbesondere der Industriesektor entwickelt sich nur unterdurchschnittlich. Die schwächere Wirtschaftsentwicklung spiegelt sich in der Lagebewertung der AHK-Unternehmen wider. Der Lagesaldo ist im Vergleich zum Frühjahr von 56 auf 32 Punkte gefallen und liegt damit deutlich unter dem Eurozonendurchschnitt von 53 Punkten. Allerdings rechnen nach einem Erwartungssaldo von 45 Punkten im Frühjahr in Zukunft wieder mehr Unternehmen mit besseren Geschäften (Erwartungssaldo 49 Punkte). Derzeit drücken das verhältnismäßig schwache Exportgeschäft und der nur geringfügig steigende Konsum die konjunkturelle Stimmung. Auch das Reformprogramm des Präsidenten, insbesondere mit Blick auf die Staatsschulden und die hohe Jugendarbeitslosenquote, kommt nur langsam voran. Nichtsdestotrotz setzen viele Unternehmen weiterhin ihre Hoffnung in die Umsetzung der geplanten Vorhaben und planen dementsprechend im Vergleich zum Frühjahr (Saldo 26 Punkte) mit Mehrinvestitionen (Saldo 38 Punkte).

Italien

In Italien wird die Wirtschaft dieses Jahr langsamer als 2017 wachsen. Mangelnder Reformeifer und Unklarheit über den politischen Kurs der neuen Regierung bremsen die Wirtschaft. Insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit hemmt weiterhin den privaten Konsum des Landes. Die Geschäfte der deutschen Unternehmen laufen in diesem schwierigen Umfeld vergleichsweise gut. Der Lagesaldo legt gegenüber dem Frühjahr um fünf Punkte zu und liegt jetzt bei 54 Punkten. Die Geschäftserwartungen bleiben unverändert optimistisch (Saldo 47), die Investitions-

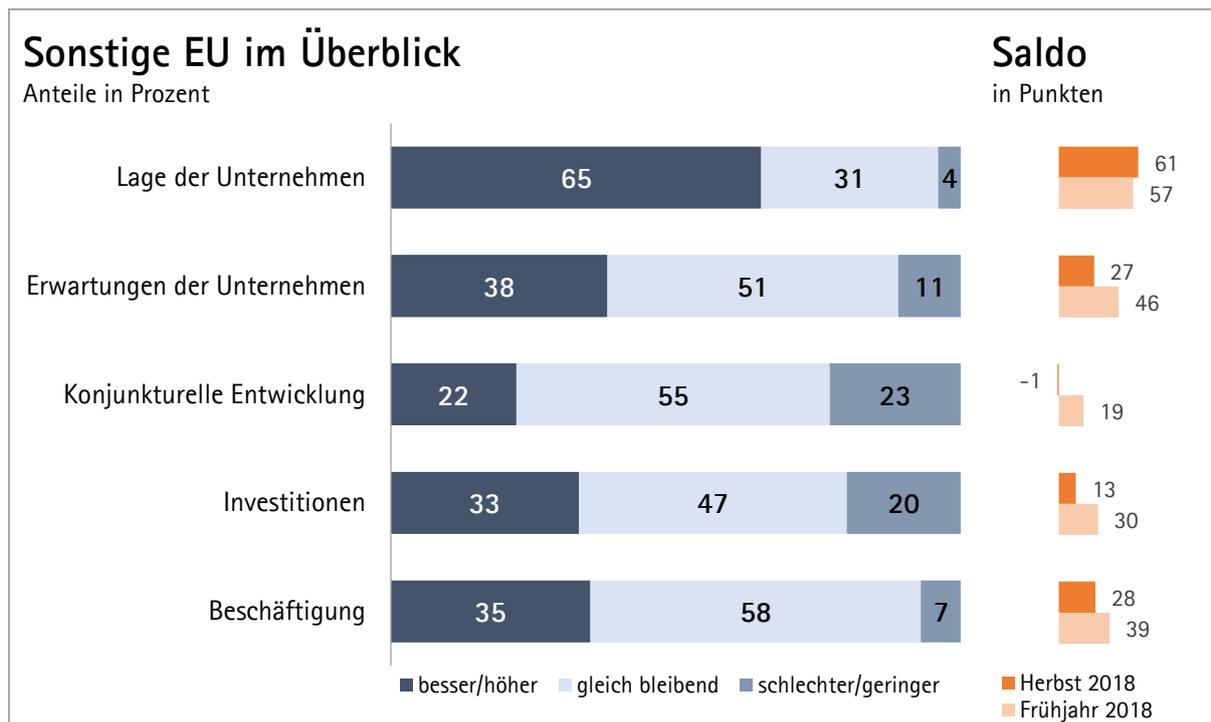
und Beschäftigungsabsichten entwickeln sich positiv (Saldo 35 beziehungsweise 41). Gleichzeitig steigt die Unsicherheit über die Fiskalpolitik der neuen Regierung. In Kombination mit dem geringen Wachstum und den hohen Staatsschulden könnte die von der Regierung beschlossene Ausweitung der staatlichen Ausgaben Unsicherheit in die Finanzmärkte tragen. Die Besorgnis um die Stabilität des Landes lässt die Konjunkturerwartungen der deutschen Unternehmen für Italien im Vergleich zum Frühjahr erheblich zurückgehen. Der Konjunktursaldo fällt im Herbst von 47 rapide auf 14 Punkte ab. Mehr als die Hälfte der Unternehmen sieht in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen dann auch den größten Risikofaktor. Die Sorge um die Nachfrage hat hingegen etwas nachgelassen.

Spanien

Nach dem Höhenflug im letzten Jahr wird sich das spanische Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr in erster Linie aufgrund von schwächeren Ausfuhrzahlen weniger schwungvoll entwickeln. Die Geschäftslage der deutschen Unternehmen in Spanien gestaltet sich dennoch weiterhin sehr gut. 63 Prozent bewerten ihre derzeitige Situation als gut, nur fünf Prozent als schlecht. Der Lagesaldo erhöht sich von 43 auf 58 Punkte. Angesichts der bereits hervorragenden Ausgangslage geben sich die Betriebe im Hinblick auf die Geschäftserwartungen etwas weniger optimistisch als im Frühjahr (Saldo 55). Mittelfristig rechnen die Unternehmen mit einer Abkühlung der Konjunktur in Spanien (Saldo 0). Eine schwächere Nachfrage wird dabei in den Augen der Betriebe zum stärksten Bremsfaktor.

Griechenland

Nach dem vorsichtigen Optimismus im Frühjahr hat die griechische Konjunktur nicht so stark an



Fahrt gewonnen, wie noch im Frühjahr angenommen. Das Wachstum von April bis Juni konnte nicht an die Steigerungsrate des ersten Quartals anknüpfen. 2019 wird Griechenland mit etwas über zwei Prozent voraussichtlich etwas stärker wachsen. Gründe für das insgesamt schwächer als ursprünglich erwartete Wachstumstempo liegen vor allem in dem schwächeren Konsumklima und in der geringeren Investitionsbereitschaft. Die deutschen Unternehmen schätzen ihre Lage entsprechend schlechter ein. Der Lagesaldo sinkt im Vergleich zur Vorumfrage von 42 auf 27 Punkte. Zukünftig erwartet jedoch weiterhin mehr als jedes zweite Unternehmen bessere Geschäfte. Strukturelle Herausforderungen wie die hohe Schuldenquote oder die nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit bestehen weiterhin. Zwei Drittel der deutschen Unternehmen sorgen sich in Anbetracht der massiven Verschuldung um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Das ist europaweit der höchste Wert in der Umfrage. Die Wirtschaftspolitik birgt somit mit deutlichem Abstand zu den Finanzierungsbedingungen das größte Risiko für die Geschäfte vor Ort.

Vereinigtes Königreich

Die Gefahr eines „harten“ Brexit belastet die britische Volkswirtschaft bereits jetzt. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wird sich in diesem Jahr erneut verringern und deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur EU bei Unternehmen sowie privaten Haushalten ist groß und wächst mit jedem Tag. Dies sowie die Verteuerung von Importprodukten durch die Abwertung des Pfunds führt zu deutlicher Investitionszurückhaltung bei den AHK-Unternehmen. Die anziehenden Verbraucherpreise erweisen sich zusätzlich als Konsumbremse. Ausgehend von einem außergewöhnlich niedrigen Stand dürfte die Arbeitslosenquote entgegen des europäischen Trends zudem leicht steigen.

Tschechien

Tschechien konnte im zweiten Quartal des Jahres weiterhin ein starkes Wachstum verzeichnen. Die AHK-Unternehmen bewerten ihre Lage mit einem Saldo von 68 sogar noch einmal um

acht Punkte besser als im Frühjahr. Die wichtigsten Faktoren für den positiven Trend sind die stabil wachsenden Konsumausgaben wie auch die zunehmenden Investitionen in diesem zentraleuropäischen Industrieland. Die tschechische Nationalbank hat angesichts der guten Konjunktur die Leitzinsen zum fünften Mal in Folge angehoben. Vor diesem Hintergrund rechnen mehr Betriebe mit einer Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung (Konjunktursaldo vier Punkte) einhergehend mit einem leichten Rückgang ihrer Geschäfte (Erwartungssaldo 23 Punkte). Im Zuge der guten Konjunktur steigen zwar die Beschäftigung und die Löhne weiter an. Der Fachkräftemangel erschwert jedoch zunehmend die Ausweitung der Kapazitäten. Außerdem treibt das fehlende Personal in Form von höheren Löhnen die Arbeitskosten nach oben.

Rumänien

Das Wachstumstempo Rumäniens zeigt sich dieses Jahr nicht mehr so dynamisch wie 2017, bleibt aber mit einer voraussichtlichen Steigerung von vier bis fünf Prozent auf hohem Niveau. Von der guten Entwicklung profitiert auch die deutsche Wirtschaft vor Ort. Mehr als jedes zweite Unternehmen gibt seine derzeitige Geschäftssituation mit gut an, nur sieben Prozent mit schlecht. Die im EU-Vergleich überdurchschnittlich anziehenden Verbraucherpreise entwickeln sich jedoch zu einer Belastung für den privaten Konsum. Als Reaktion darauf hat die rumänische Notenbank den Leitzins dieses Jahr bereits mehrfach erhöht. Auch aufgrund der restriktiveren Geldpolitik rechnen die Betriebe künftig mit einer langsameren Gangart der Konjunktur (Konjunktursaldo minus acht). Des Weiteren besteht bei Infrastrukturprojekten oder beim Thema Ausbildung von Fachkräften noch immer großer Reformbedarf. Obendrein nimmt die Belastung für die Geschäftstätigkeit der Betriebe durch die fehlende Stabilität in der Wirtschaftspolitik zu.

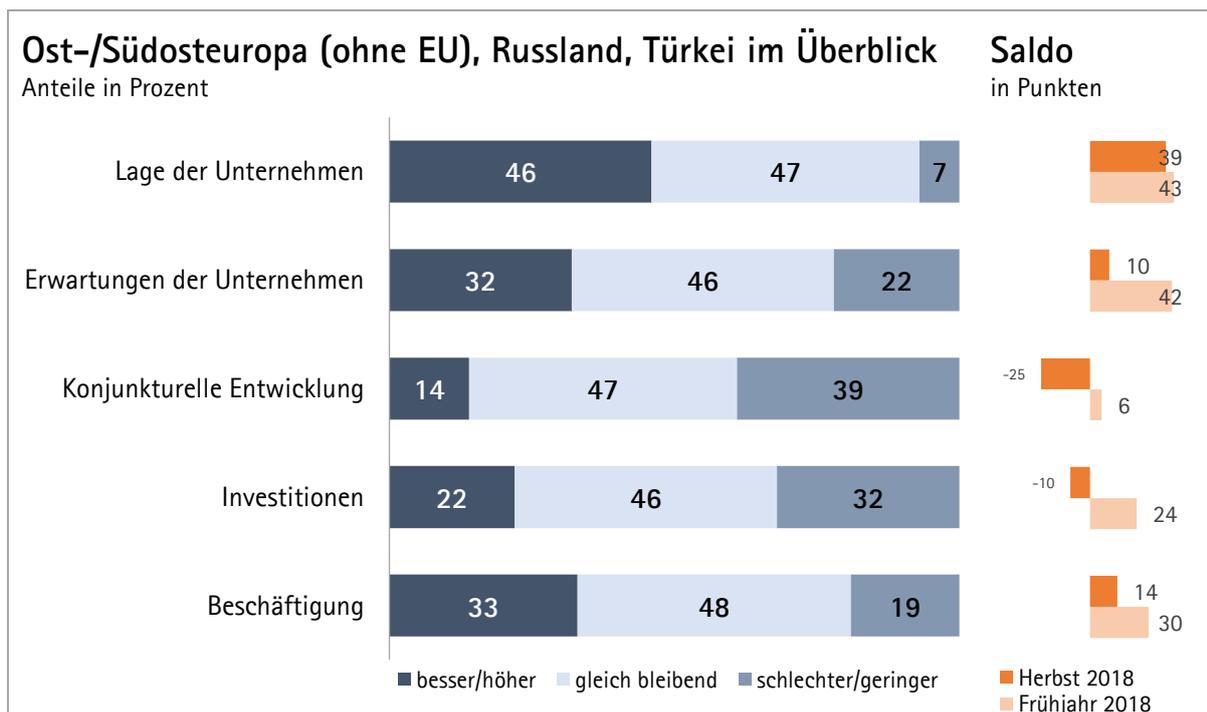
Ost-/Südosteuropa, Russland, Türkei

Die wirtschaftliche Lage in der Türkei spitzt sich zu. Auch in Russland kommt das Wachstum trotz steigender Rohstoffpreise kaum vom Fleck. Dies strahlt auf die gesamte Region aus. Bewerten die Unternehmen ihre derzeitige Geschäftssituation mit einem Saldo von 39 Punkten ähnlich wie im Frühjahr (43 Punkte), fällt der Erwartungssaldo von 42 auf 10 Punkte. Der Konjunktursaldo rutscht indes ins Negative auf minus 25 Punkte. Als größtes Problem sehen die Betriebe mit 57 beziehungsweise 51 Prozent die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und den Wechselkurs.

Türkei

Die Wirtschaft der Türkei steht weiterhin stark unter Druck. In Folge der deutlichen Abwertung der Lira wird die Türkei 2018 erheblich langsamer wachsen als im letzten Jahr. 2019 dürfte sich das Tempo weiter reduzieren. Bewerten die deutschen Unternehmen die derzeitige Geschäftslage noch überwiegend positiv, rechnen

sie in den kommenden Monaten mit einem Einbruch ihrer Geschäfte (Erwartungssaldo minus 13). Im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung zeigen sich die deutschen Unternehmen ebenfalls pessimistisch. Der Konjunktursaldo fällt auf einen neuen Tiefststand von minus 63 Punkten. Die Inflation erreicht immer neue Höhen und bringt die Lira weiter in Bedrängnis. Das hemmt auch den privaten Konsum sowie die Investitionen der Unternehmen. Zudem verschärft die starke Importabhängigkeit in Kombination mit der hohen Schuldenlast in Fremdwährung wie Euro oder US-Dollar die Situation weiter. Maßnahmen wie die Konvertierungspflicht, die die türkische Regierung zur Stabilisierung der Währung unternommen hat, können eine abschreckende Wirkung haben. Die innenpolitische Lage sowie die Auseinandersetzung mit der EU bergen gerade in Bezug auf die gemeinsame Zollunion Risiken für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. Der wirtschaftspolitische Rahmen wird von über drei Viertel aller Unternehmen als großer Unsicherheitsfaktor



gesehen. Ungefähr gleichauf liegt die Besorgnis um den Wechselkurs.

Ukraine

Die ukrainische Wirtschaft konnte im ersten Halbjahr durch eine starke Zunahme des Konsums ein deutliches Wachstumsplus verzeichnen. Dank der Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf die zügige Umsetzung zentraler Strukturreformen setzt sich der positive Wirtschaftstrend voraussichtlich fort. Die deutschen Unternehmen blicken derzeit zufrieden auf ihre Umsätze (Lagesaldo 45 Punkte). Auch der Blick auf die zukünftigen Geschäfte sowie die Konjunktorentwicklung fällt optimistisch aus. Ein Fünftel der Betriebe plant Neuinvestitionen, knapp ein Drittel Neueinstellungen. Allerdings fehlt für die Ausweitung der Produktion zunehmend geeignetes Personal. Weiterhin verunsichert der Konflikt mit Russland die Unternehmen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (57 Prozent) und der Fachkräftemangel (55 Prozent) bleiben die größten Risikofaktoren.

Russland

Die russische Wirtschaft konnte in den ersten beiden Quartalen erneut leicht zulegen. Grund dafür ist in erster Linie der Anstieg des Ölpreises, von dem Russland aufgrund der höheren Exporterlöse profitiert. Zudem stimuliert die verhältnismäßig geringe Inflationsrate den privaten Konsum. Insgesamt dürfte das Wachstum allerdings weiterhin schwach ausfallen. Aktuell blickt ein Großteil der deutschen Unternehmen noch zufrieden auf die Geschäftslage, im Vergleich zum Frühjahr erwartet jedoch eine steigende Zahl in den kommenden zwölf Monaten schwächere Absatzzahlen (Erwartungssaldo 12). Im Falle einer weiteren Verschärfung der US-Sanktionen könnte die Russische Föderation abermals in eine Rezession rutschen. Daher blicken die deutschen Unternehmen vor Ort mit Sorge auf die weiteren Entwicklungen zu diesem Thema. Die Währungsunsicherheit und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleiben aus Sicht der deutschen Unternehmen mit 71 beziehungsweise mit 56 Prozent die größten Sorgenthemen des Landes.

mangel (45 Prozent). Gefolgt von der Inlandsnachfrage (43 Prozent) und den Arbeitskosten (37 Prozent).

Japan

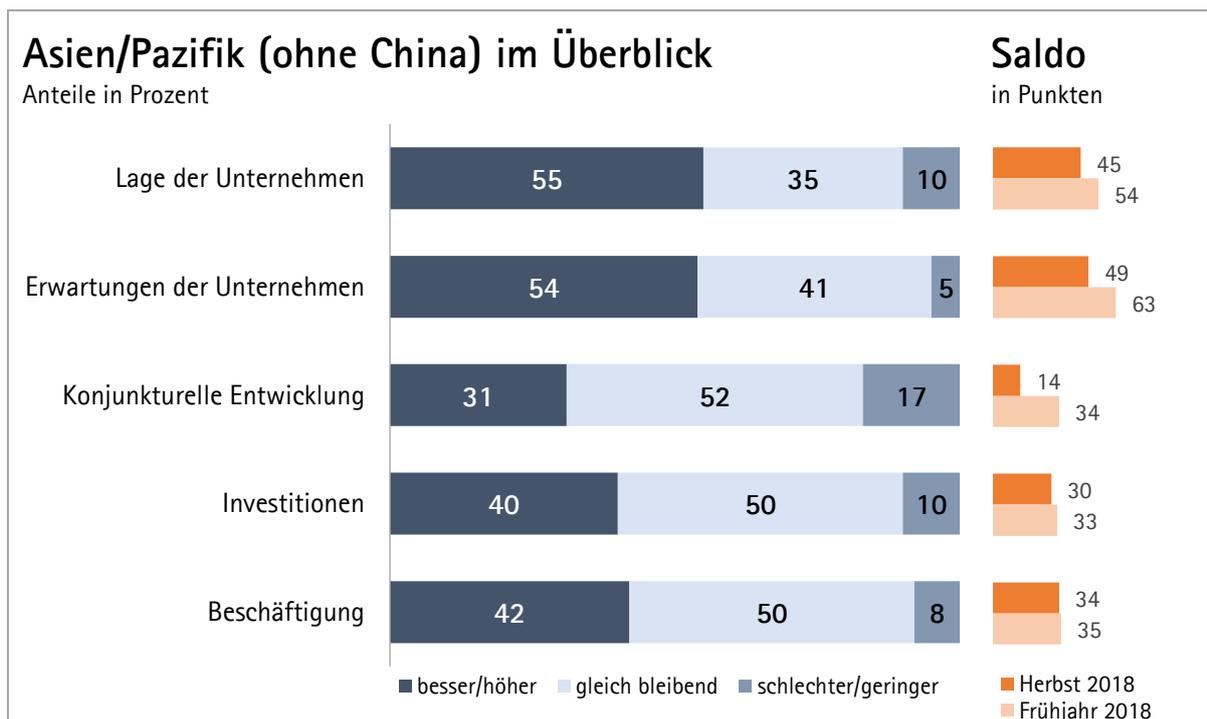
Japans Wirtschaft hat nach niedrigem Wachstum zu Jahresbeginn im zweiten Quartal wieder etwas angezogen. Dies ist zum größten Teil der Erholung des privaten Konsums sowie den gestiegenen Investitionen zuzuschreiben. Im Vergleich dazu wuchsen die Exporte über denselben Zeitraum deutlich schwächer. Insgesamt bleibt die Entwicklung angesichts des geringen Potenzialwachstums wenig dynamisch. Die Stimmung hat sich ebenfalls bei den deutschen Betrieben leicht abgekühlt. Aktuell blicken mit einem Saldo von 47 weniger Unternehmen optimistisch auf ihr derzeitiges Geschäft als im Frühjahr (Saldo 63). Der Erwartungssaldo sinkt ebenfalls von 63 auf 40 Punkte.

Auch hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung zeigen sich die Unternehmen nur verhalten optimistisch (Saldo elf Punkte). Größte Sorge

bereitet den Unternehmen mit 53 Prozent weiterhin der Fachkräftemangel, gefolgt von der Nachfrage mit 38 Prozent. Für die zukünftige Entwicklung bleibt abzuwarten, inwiefern sich der Handelsstreit zwischen den USA und China entwickelt und auf die japanische Konjunktur auswirken wird. Beide Staaten sind enge Wirtschaftspartner Nippons.

Südkorea

Die südkoreanische Wirtschaft wächst weiterhin, auch wenn die drei Prozent Zuwachs des letzten Jahres 2018 nicht erreicht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird besonders von der schwachen Binnennachfrage sowie dem Mangel an Fachkräften ausgebremst. Aus Sicht der deutschen Unternehmen gestaltet sich das Bild indes weitgehend zufriedenstellend. Für die Zukunft rechnen die Unternehmen mit einer leichten Abkühlung der konjunkturellen Lage. Hohe Arbeitskosten und fehlende Nachfrage beklagen 60 beziehungsweise 56 Prozent der Unternehmen. Derweil konnte Südkorea US-Strafzölle auf Stahl durch die Neuverhandlung des Freihandelsabkommens KORUS mit den USA



abwenden. Im Zuge der „America-first“-Politik des US-Präsidenten war auch Südkorea aufgrund seiner hohen Stahllexporte in die Vereinigten Staaten ins Visier geraten.

Indien

Nach dem Stimmungshoch im Frühjahr zeigen sich die deutschen Unternehmen angesichts der guten Konjunktur auf dem Subkontinent mit ihren Geschäften aktuell zufrieden (Lagesaldo 43 Punkte). Die Wirtschaft in Indien hat im zweiten Quartal weiter an Schwung gewonnen und wird dieses Jahr um mehr als sieben Prozent zulegen. Für die Zukunft erwarten zwei von drei Unternehmen eine weitere Steigerung ihrer Umsätze und eine Fortsetzung der guten Entwicklung. Angesichts der Zinserhöhung in den USA ist die indische Währung wie andere Währungen von Schwellenländern unter Druck geraten. Daher nehmen die Sorgen um den Wechselkurs bei den Unternehmen zu (44 Prozent). An zweiter Stelle der Unsicherheitsfaktoren folgen mit 40 Prozent die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Singapur

Das Wirtschaftswachstum in Singapur setzt sich fort. Allerdings wird der Stadtstaat 2018 etwas langsamer wachsen als zu Jahresbeginn vermutet. Der Abschluss des Freihandelsabkommens mit der EU dürfte indes der wirtschaftlichen Entwicklung mittelfristig einen zusätzlichen Schub verleihen. Die Unterzeichnung des ersten Freihandelsabkommens der EU mit einem Land der ASEAN-Staatengemeinschaft ist darüber hinaus ein starkes Signal für regelbasierten Handel und gegen Importbeschränkungen. Singapur ist nicht für die EU, sondern auch für Deutschland der wichtigste Handelspartner innerhalb ASEAN. Viele deutsche Unternehmen nutzen den Standort als „Regional Hub“, die sich von dem Abkommen einen weiteren

Schwung für Ihr Asiengeschäft erwarten. Daher hoffen die Unternehmen auf eine zügige Ratifizierung.

Australien

Auf dem fünften Kontinent stehen alle Zeichen fortgesetzt auf Wachstum. Wichtigste Treiber sind der Gesundheits- und Tourismussektor sowie die wiedererstarke Bergbauindustrie. Insbesondere die Rohstoffexporte des weltweit größten Landes für Lithiumproduktion gewinnen rasant an Fahrt. Auch die deutschen Unternehmen bewerten Ihre Geschäfte derzeit sehr gut (Lagesaldo 63 Punkte). Für die Zukunft rechnen gar 71 Prozent mit einer weiteren Verbesserung, nur fünf Prozent mit einer Verschlechterung. Darüber hinaus planen 43 Prozent mit höheren und lediglich zwei Prozent mit geringeren Investitionsausgaben. Zudem will jedes zweite Unternehmen Personal einstellen. Der Mangel an geeignetem Personal gestaltet sich jedoch als größte Wachstumsbremse. 40 Prozent der Unternehmen haben Probleme, geeignetes Personal zu finden. Außerdem sorgen sich 38 Prozent der Betriebe um die Nachfrage. Das transpazifische Handelsabkommen CPTPP dürfte nach seiner Ratifizierung für eine weitere Belebung der Wirtschaft führen. Darüber hinaus birgt mittelfristig das geplante Freihandelsabkommen mit der EU weitere Potentiale für die australisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.

Nordamerika

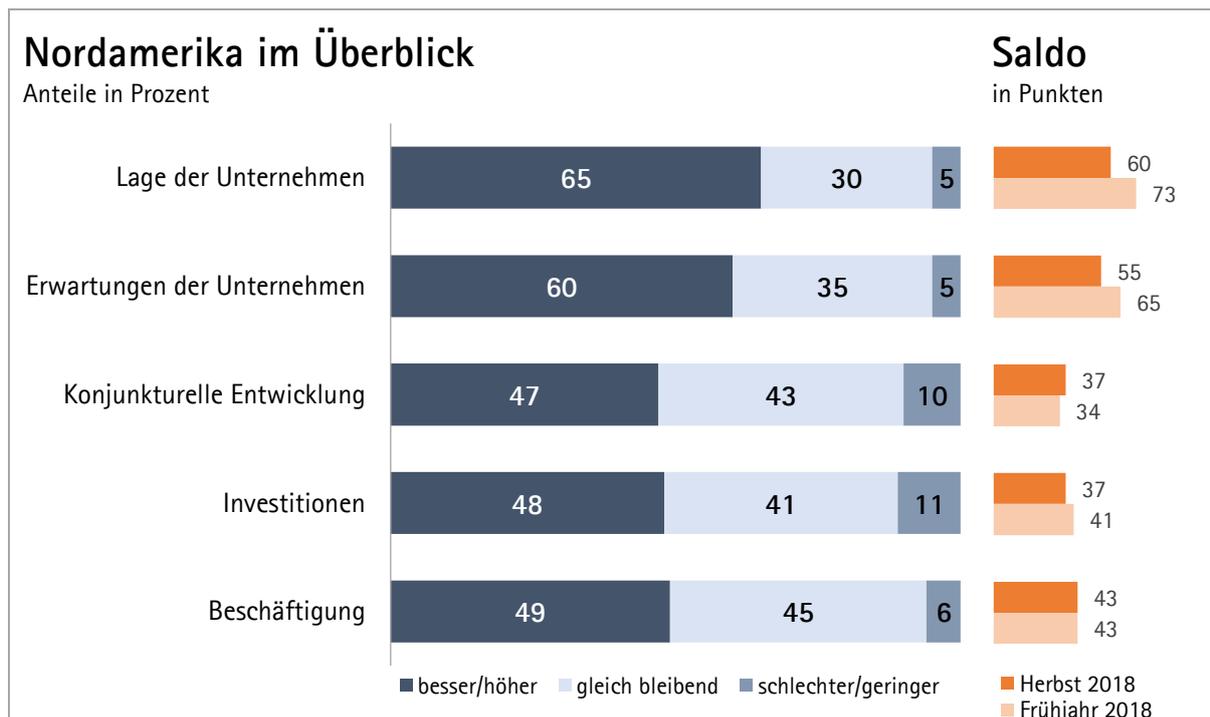
Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordamerika zeigt sich weiterhin robust. Dennoch bewerten die deutschen Unternehmen ihre aktuelle Lage (Saldo 60) sowie die Geschäftsaussichten (Saldo 55) etwas weniger euphorisch als im Frühjahr. Besonders die Sorgen hinsichtlich neuer Handelsbarrieren nehmen zu. Mehr als jedes dritte Unternehmen sieht inzwischen in protektionistischen Maßnahmen ein Risiko für seine Geschäfte.

USA

Das Wachstum in den USA hat im zweiten Quartal seinen höchsten Wert seit drei Jahren erreicht. Die derzeitige Hochphase wird maßgeblich durch die prozyklische Wirtschaftspolitik der Regierung getragen. Impulse kommen vor allem von der Steuerreform. Die abermalige Einigung auf ein Haushaltspaket sorgt zudem für mehr Sicherheit. Ausgehend von einem außergewöhnlich hohen Niveau im Frühjahr bewerten mit einem Saldo von 71 etwas weniger

Unternehmen ihre Lage als gut (Frühjahr 79 Punkte). Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Geschäftserwartungen (Erwartungssaldo 62 Punkte). Die Investitionsfreude ist mit einem Saldo von 46 Punkten weiterhin ungebrochen.

Unterdessen setzt sich auch der Beschäftigungsboom fort. Die Arbeitslosenquote liegt so niedrig wie seit 50 Jahren nicht mehr. Ebenfalls über die Hälfte der deutschen Unternehmen möchte neues Personal einstellen. Dennoch wirken die höheren Zinsen und die Handelskonflikte als Bremsfaktoren. Auch deswegen wird der aktuelle Schwung in den nächsten Jahren nachlassen. Inzwischen sehen 49 Prozent der Unternehmen – und damit deutlich mehr als noch im Frühjahr (33 Prozent) – in neuentstehenden Handelsbarrieren beziehungsweise in der Bevorzugung einheimischer Unternehmen eine Gefahr für die Geschäfte mit den USA. Das ist der weltweit höchste Umfragewert in einem Land hinsichtlich neuer Handelshemmnisse. Mit



51 Prozent zeigen sich die Betriebe allein über den Fachkräftemangel beunruhigter.

Mexiko

In Mexiko herrscht nach dem Abschluss des neuen Handelspaktes USMCA zunächst Erleichterung. Denn ohne eine Einigung hätte die Freihandelszone mit den USA und Kanada gänzlich auseinanderbrechen können. Dennoch schwächt das neue Abkommen den Standort im Vergleich zu NAFTA. Insbesondere für europäische und asiatische KFZ-Zulieferer werden Investitionen aufgrund der verschärften Ursprungsregeln mittel- und langfristig wohl unattraktiver. Zudem verharren die Zinsen auf dem höchsten Stand seit neun Jahren und bremsen den Konsum. Nichtsdestotrotz wird Mexikos Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr über zwei Prozent zulegen. Deutsche Unternehmen bewerten ihre Lage indes verhaltener als zuletzt (Saldo 34 Punkte). In Bezug auf die Geschäftserwartungen legen die Betriebe weniger Skepsis an den Tag (Saldo 39 Punkte). Die Sorgen um den Wechselkurs gehen dank der Stabilisierung des Pesos zurück. Den wirtschaftspolitischen Rahmen beklagen weiterhin mit Abstand die meisten Unternehmen. Insbesondere die Korruption gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung. In diesem Zusammenhang hat der neue Präsident Andrés Obrador bereits vor seinem Amtsantritt im Dezember ein Maßnahmenpaket angekündigt. Dessen Wirksamkeit gilt es nun abzuwarten.

Kanada

Ähnlich wie Mexiko konnte auch Kanada durch das neue Abkommen USMCA den wirtschaftlichen Schaden für seine Volkswirtschaft zumindest begrenzen. Dennoch konnten sich die USA in zentralen Punkten wie bei der Verschärfung der Ursprungsregeln durchsetzen. Zudem enthält USMCA Regelungen, die ein Handelsabkommen unter anderem mit China verhindern könnten. Die wirtschaftliche Entwicklung Kanadas verläuft insgesamt etwas zaghafter als 2017. Positive Signale für die kanadische Wirtschaft kommen von dem transpazifischen Abkommen CPTPP. Die Ratifizierung von CPTPP und CETA lassen für die nächsten Jahre auf neue Impulse für die Ökonomie des Ahornstaates hoffen.

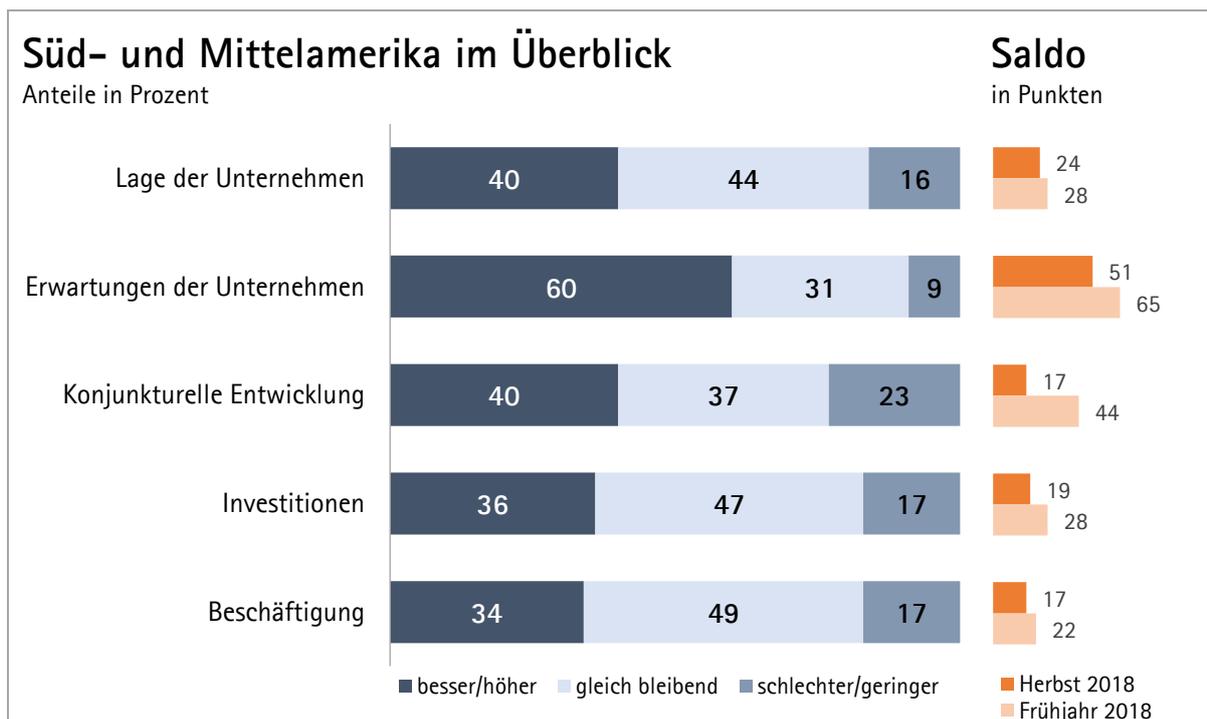
Süd- und Mittelamerika

Die Konjunkturaussichten der deutschen Unternehmen in Mittel- und Südamerika haben sich mit einem Saldo von 17 Punkten im Vergleich zum Frühjahr deutlich eingetrübt (Frühjahr 44). Die Wirtschaft kommt besonders bei Deutschlands wichtigsten südamerikanischen Handelspartnern Brasilien und Argentinien nicht in Schwung. Die kleineren Ökonomien des Kontinents entwickeln sich – bis auf Venezuela – weiterhin relativ positiv. Ihre Geschäftslage bewerten die deutschen Unternehmen mit einem Saldo von 17 Punkten fünf Punkte schlechter als in der Vorumfrage. Auch für die Zukunft rechnen weniger Betriebe mit besseren Geschäften. Der Erwartungssaldo fällt von 28 auf 19 Punkte. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleiben der größte Risikofaktor in Lateinamerika (52 Prozent).

Argentinien

Die Erhöhung der Leitzinsen durch die US-Notenbank hat einige Schwellenländer unter Druck

gebracht. Das hat auch die strukturellen Probleme Argentiniens frei gelegt und sie in den Blickpunkt der Anleger gerückt. Ein Großteil der Staatsausgaben sowie das Leistungsbilanzdefizit werden traditionell über Auslandsverschuldung in US-Dollar finanziert. Trotz des IWF-Darlehens von über 50 Milliarden Euro konnte die Kapitalflucht nicht gestoppt werden. Es fehlt das Vertrauen in die Nachhaltigkeit des wirtschaftspolitischen Kurses der Regierung. In Folge der derzeitigen Entwicklungen wird die Wirtschaft im laufenden Jahr deutlich in die Rezession fallen und 2019 wohl maximal ein Nullwachstum erreichen. Auch deutsche Unternehmen legen angesichts der aktuellen Situation deutlich mehr Pessimismus an den Tag. Der Lagesaldo fällt von 37 auf sechs Punkte, der Erwartungssaldo von 61 auf 15 Punkte. Ebenso setzt sich nach Einschätzung der Betriebe die derzeitige Rezession fort. Die hohen Leitzinsen von 60 Prozent bremsen darüber hinaus die Investitionstätigkeit der Unternehmen (Investitionssaldo minus 37 Punkte). Sorgen bereiten den



Betrieben in erster Linie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (71 Prozent) sowie der Wechselkurs (68 Prozent).

Brasilien

Das Land am Zuckerhut kommt konjunkturell kaum vorwärts. Die Konjunktur entwickelt sich schleppend, die Wirtschaft wird 2018 nur mäßig zulegen. Die Konjunkturaussichten der deutschen Unternehmen trüben sich mit einem Saldo von nur noch fünf Punkten ein. Die aktuelle Lage bewertet rund die Hälfte aller Betriebe allerdings noch als gut. Genauso viele erwarten auch künftig steigende Umsätze. Vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen stellen zwei Drittel der Unternehmen hinter der Wirtschaftspolitik ein Fragezeichen. Die neue Regierung der achtgrößten Ökonomie der Welt steht angesichts wachsender Staatsschulden und einer stark verbesserungswürdigen Infrastruktur vor großen Herausforderungen. Der Wahlausgang mit dem Sieger Jair Bolsonaro hat auch Einfluss darauf, wie es mit den Mercosur-Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit der EU weitergeht.

Bolivien

Bolivians Wachstum entwickelt sich insgesamt positiv. 2018 wird sich das Bruttoinlandsprodukt um mehr als vier Prozent erhöhen. Es gelingt dem Land zunehmend besser, sich von einer Exportnation für Rohstoffe weg zu entwickeln und eigene Wertschöpfungsketten innerhalb des Landes zu errichten. Bei den deutschen Unternehmen fällt das Bild jedoch gemischt aus. Während die Unternehmen noch zufrieden auf ihre Geschäftssituation blicken (Lagesaldo 34), rechnet nur noch ein kleiner Teil mit einer weiteren Verbesserung der Umsätze (Erwartungssaldo 9). Für die Zukunft geht mehr als ein Drittel von einer schlechteren Konjunktur aus.

Die größten Risiken sehen die Betriebe mit jeweils rund 50 Prozent in der Wirtschaftspolitik sowie in der mangelhaften Rechtssicherheit.

Chile

Nach der enttäuschenden Wachstumsrate des letzten Jahres hat die Dynamik in Chile 2018 wieder eingedreht – auch durch anziehende Rohstoffpreise. Die bevorstehende Ratifizierung des transpazifischen Freihandelsabkommens CPTPP sowie das geplante Infrastrukturprogramm des neuen Präsidenten Piñera dürften für eine weitere Belebung der Wirtschaft sorgen. Die deutschen Unternehmen blicken ähnlich optimistisch auf ihr chilenisches Geschäft wie im Frühjahr (Lagesaldo 42). Der Blick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung fällt etwas weniger euphorisch aus, bleibt aber mit einem Saldo von 73 Punkten auf einem sehr überdurchschnittlichen Niveau (Frühjahr 80 Punkte). Größte Sorge der Betriebe bleibt mit Abstand die inländische Nachfrage (52 Prozent).

Venezuela

Die schwere Wirtschaftskrise in Venezuela bestimmt weiterhin den Alltag des Landes. Das Bruttoinlandsprodukt wird im dritten Jahr in Folge zweistellig schrumpfen. Massive staatliche Interventionen sowie die Abhängigkeit von den Ölvorkommen lähmen die Wirtschaftsaktivität im Land. Die grassierende Hyperinflation zieht einen kompletten Verlust der Kaufkraft nach sich. Die umstrittenen Maßnahmen der Regierung wie eine neue Kryptowährung zur Bekämpfung der Geldentwertung scheinen wenig erfolgversprechend. Angesichts der aktuellen Situation gestalten sich die wirtschaftlichen Beziehungen auch für die deutsche Wirtschaft derzeit als äußerst schwierig. Der Großteil der AHK-Unternehmen hat sich aus dem Land bereits zurückgezogen.

Nah- und Mittelost

Die US-Sanktionen gegen den Iran als bedeutenden Handelspartner für die deutsche Wirtschaft trüben die Stimmung. Von der Lage bis hin zur Beschäftigung rutschen alle Bewertungssalden der deutschen Unternehmen ins Negative. Positive Impulse kommen aufgrund des gestiegenen Ölpreises allein aus den erdöl-exportierenden Staaten der Golfregion. Der wirtschaftspolitische Rahmen wird von knapp zwei Drittel der Unternehmen als bedeutendstes Risiko für die Geschäfte gesehen.

Iran

Nach Abkehr der Amerikaner vom Atomabkommen und der Einführung von neuen Sanktionen steht der Iran am Rande einer Rezession. Die Wirtschaft dürfte auf absehbare Zeit schrumpfen. Angesichts der hohen Teuerungsrate reduzieren sowohl Haushalte als auch die Privatwirtschaft ihre Ausgaben. Sehr schwierig gestaltet sich zunehmend der Zahlungsverkehr, da kaum mehr Banken Geschäfte mit dem Iran abwickeln. Auch deutsche Unternehmen ziehen sich angesichts der aktuellen Lage vermehrt aus der islamischen Republik zurück. Dementsprechend fallen sämtliche Stimmungsindikatoren in den tiefroten Bereich. Angesichts der anstehenden Verschärfung der Sanktionen Anfang November bleibt zu befürchten, dass die

deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehung weiter unter Druck kommen.

Vereinigte Arabische Emirate

Die Vereinigten Arabischen Emirate entwickeln sich 2018 erheblich schwungvoller als im letzten Jahr. Das Wachstum wird knapp unter drei Prozent erreichen. Insbesondere der Anstieg des Ölpreises ist wichtigster Wachstumstreiber. Die zukünftige Entwicklung der Golfstaaten hängt stark davon ab, ob die erlaubte Fördermenge durch die OPEC wieder erhöht wird. Trotz der wirtschaftlichen Erholung zeigen sich deutsche Unternehmen skeptischer als im Frühjahr. Während ähnlich viele Unternehmen ihre derzeitige Lage als gut bewerten (Lagesaldo 27 Punkte), sinkt der Anteil der Positiv-Erwartungen um elf auf 36 Punkte. Die Konjunkturaussichten der Betriebe verdunkeln sich indes, der Saldo rutscht ins Negative (minus 17 Punkte). Darüber hinaus planen die Unternehmen eher Investitionen abzuziehen als neu zu investieren (Saldo minus 3 Punkte). Die geopolitischen Spannungen in der Region sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn drücken auf die Stimmung der Unternehmen. Mit Blick auf die Risiken geben über 60 Prozent die Nachfrage an, immerhin knapp 50 Prozent die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Einschätzungen von über 300 im Iran tätigen deutschen Unternehmen
Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	besser/ höher	gleich bleibend	schlechter/ geringer	Saldo
Geschäftslage	20	44	36	-16
Geschäftserwartungen	26	35	39	-13
Konjunkturelle Entwicklung	9	26	64	-55
Investitionsabsichten	22	30	48	-26
Beschäftigungsabsichten	18	35	46	-28

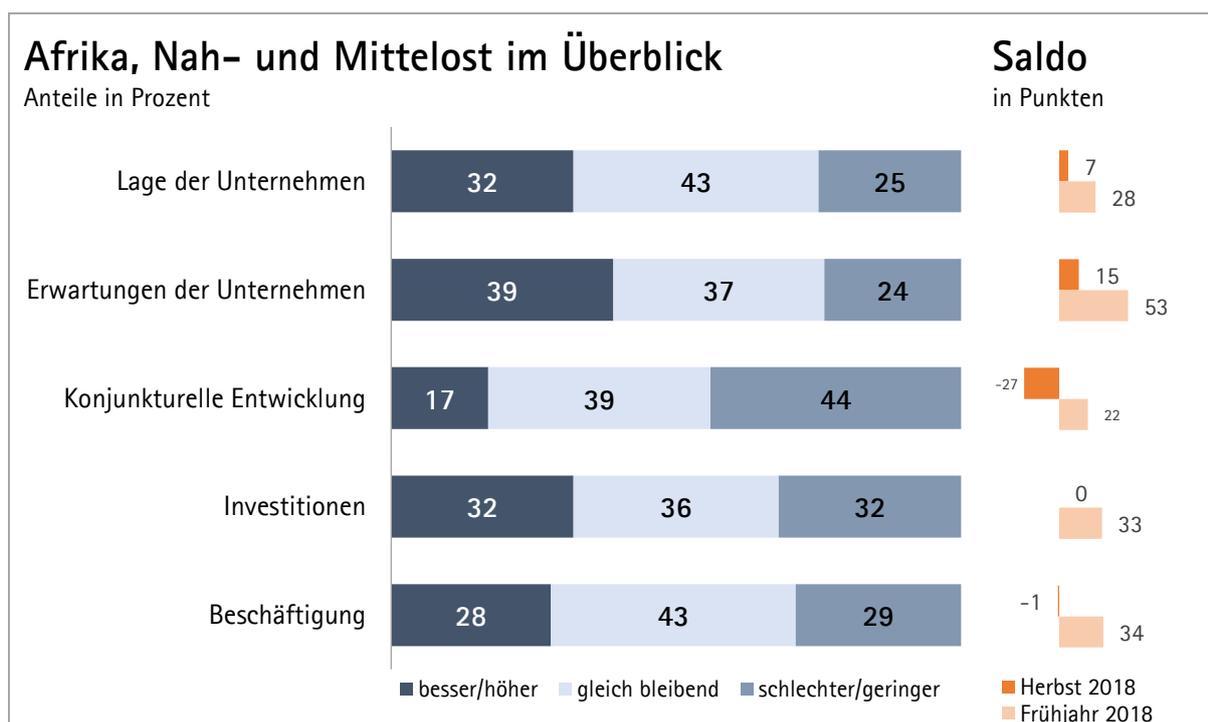
Afrika

Das Wirtschaftsklima in Afrika zeigt sich durchwachsen. Während die AHK-Unternehmen in den nördlichen Staaten wie Ägypten und Tunesien weitgehend Zufriedenheit hinsichtlich ihrer Geschäfte äußern, bewerten die Betriebe auf dem afrikanischen Kontinent so wichtigen Südafrika ihre Lage deutlich verhaltener. In Summe gehen die Betriebe mit einem Saldo von 6 Punkten tendenziell von einer gleichbleibenden Konjunktur für ganz Afrika aus. Dennoch erwartet fast jedes zweite Unternehmen, dass sich seine Situation in den nächsten zwölf Monaten verbessern wird. Die größten Sorgen bereiten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (52 Prozent) sowie der Wechselkurs (45 Prozent).

Südafrika

Das Land am Kap der guten Hoffnung kämpft mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In den

ersten beiden Quartalen ist die Wirtschaftsleistung des afrikanischen G20-Landes zurückgegangen. Die Dürre im ersten Halbjahr hat vor allem den Agrarsektor um mehr als ein Drittel einbrechen lassen. Darüber hinaus machen die strukturelle Arbeitslosigkeit und die schlechende Abwertung des südafrikanischen Rands dem Land zu schaffen. Die deutschen Unternehmen schätzen ihre derzeitige Lage mit einem Saldo von sieben Punkten deutlich schlechter ein als noch im Frühjahr (Frühjahr 27 Punkte). Ähnlich verhalten sieht es bei den Geschäftserwartungen (Erwartungssaldo 14 Punkte) aus. In naher Zukunft befürchten die Betriebe einen weiteren Abschwung (Konjunktursaldo minus 38 Punkte). Dementsprechend planen die Unternehmen mit weniger Investitionen und dem Abbau des Personalbestandes. Größte Risikofaktoren sind derzeit mit 64 Prozent der Wechselkurs, gefolgt von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der Nachfrage mit jeweils 60 Prozent. Besonders die von Präsident



Ramaphosa ins Spiel gebrachten Enteignungen von Landbesitzern schrecken internationale Investoren ab.

Ägypten

Die ägyptische Wirtschaft befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Von staatlicher Seite setzen höhere Investitionsausgaben und geplante (Teil-)Privatisierungen von Staatsunternehmen Impulse. Zudem dürften große Infrastrukturprojekte wie der Bau der neuen Verwaltungshauptstadt verstärkt ausländische Investoren anziehen. Nach Stabilisierung der Inflationsrate zieht auch der private Konsum wieder an. Die Geschäftsaussichten der deutschen Unternehmen vor Ort sind weiterhin hell. Für die aktuelle Lage wird ein Saldo von 55 Punkten verzeichnet, für die kommenden zwölf Monate ein äußerst züversichtlicher Saldo von 60 Punkten. Trotz der Erholung des ägyptischen Pfundes zeigen sich 40 Prozent der Unternehmen hinsichtlich des Wechselkurses besorgt. Die Sorgen um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen haben hingegen leicht nachgelassen (36 Prozent).

Kenia

Die Wirtschaft des ostafrikanischen Landes entwickelt sich im regionalen Vergleich überdurchschnittlich. Das Bruttoinlandsprodukt wird dieses Jahr um rund sechs Prozent zulegen. Größter Wachstumstreiber sind Infrastrukturprojekte. Die hohe Investitionstätigkeit insbesondere aus dem Reich der Mitte treiben allerdings zeitgleich die Staatsschulden in die Höhe. Darüber hinaus hemmt die hohe Jugendarbeitslosigkeit die Nachfrage. Bei den deutschen Unternehmen nimmt der Optimismus verglichen zur Vorumfrage leicht ab. Während Lagebewertung und Geschäftserwartungen relativ stabil bleiben, gehen die mittelfristigen Konjunkturerwartungen deutlicher zurück (Saldo 17 Punkte). Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beeinträchtigen die Geschäfte der Unternehmen mit 61 Prozent am stärksten. Außerdem wird es zunehmend schwieriger, an Kredite zu gelangen. Jeder zweite Betrieb nennt inzwischen eine mangelnde Finanzierung als Geschäftsrisiko.

Statistischer Anhang

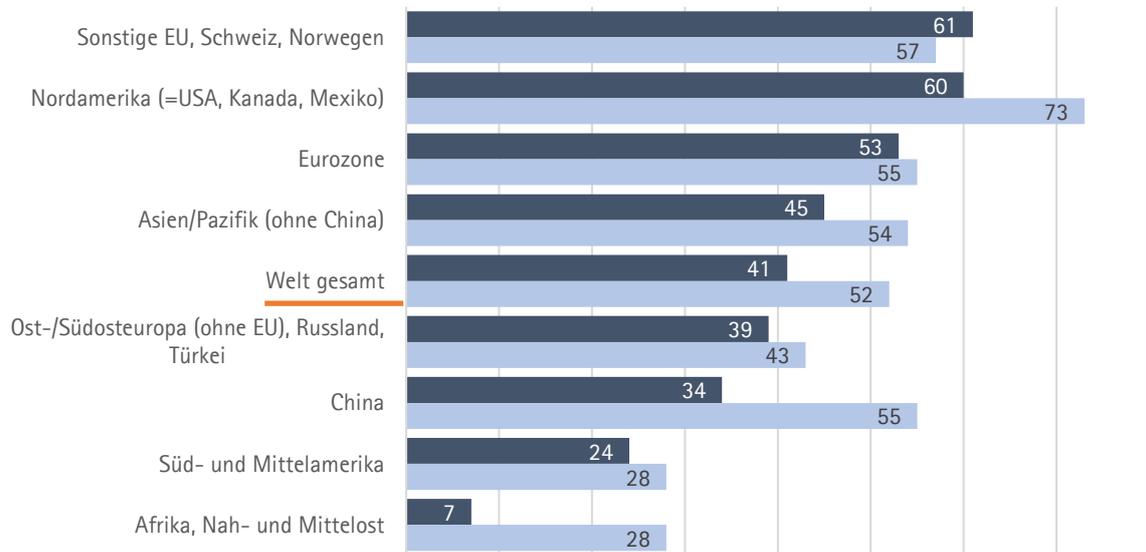
Region/Land Saldo aus höher minus geringer-Anteilen	Geschäfts- lage	Geschäfts- erwartungen	Konjunktur- wicklung	Investitions- absichten	Beschäftigungs- absichten
Weltweit	41	36	2	20	26
Eurozone	53	39	0	27	33
Deutschland	52	30	-8	20	27
Finnland	66	45	31	40	28
Frankreich	32	49	40	38	36
Griechenland	27	51	-6	25	27
Irland	71	45	52	15	43
Italien	54	47	14	35	41
Portugal	73	40	17	31	40
Spanien	58	55	1	38	45
Sonstige EU, Schweiz	61	27	-1	13	28
Dänemark	67	52	43	50	43
Kroatien	48	56	22	21	33
Rumänien	51	41	-8	7	23
Schweiz	79	34	18	21	28
Slowakei	67	21	10	16	36
Tschechien	68	22	4	41	42
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei	39	10	-25	-10	14
Bosnien und Herzegowina	49	77	11	53	66
Russland	36	13	-10	-3	24
Serbien	63	83	28	37	50
Türkei	39	-13	-63	-37	-9
Ukraine	45	36	25	8	23
Weißrussland	41	38	-22	8	34
Nordamerika	60	55	37	37	43
Mexiko	34	39	14	14	23
USA	71	62	48	46	52
Süd- und Mittelamerika	24	51	17	19	17
Argentinien	6	15	-9	-37	3
Bolivien	33	11	-24	7	-17
Brasilien	39	42	5	15	33
Chile	42	73	65	58	38
Ecuador	18	54	7	28	10
Kolumbien	24	73	45	35	26
Peru	33	70	24	16	21
Uruguay	22	9	-63	-40	-22

Region/Land Saldo aus höher minus geringer-Anteilen	Geschäfts- lage	Geschäfts- erwartungen	Konjunktur- wicklung	Investitions- absichten	Beschäftigungs- absichten
Venezuela	-65	-40	-80	-100	-60
China	34	30	-1	22	32
Asien/Pazifik (ohne China)	45	49	14	30	34
Australien	63	67	31	41	48
Indien	43	62	28	40	41
Japan	47	40	11	26	27
Malaysia	33	37	20	19	17
Neuseeland	50	58	-21	14	25
Philippinen	53	55	12	18	42
Südkorea	4	12	-44	20	16
Taiwan	36	26	11	25	37
Thailand	50	61	29	36	43
Vietnam	52	52	40	46	52
Afrika, Nah- und Mittelost	7	15	-27	0	-1
Ägypten	55	60	17	35	34
Algerien	20	29	-8	32	33
Äthiopien	46	64	26	51	36
Iran	-16	-13	-55	-26	-28
Kenia	32	73	17	15	27
Südafrika	7	15	-38	-14	-6
Tunesien	29	55	12	43	35
Vereinigte Arabische Emirate	27	15	-17	-3	14

Geschäftslage der Unternehmen

Saldo in Punkten

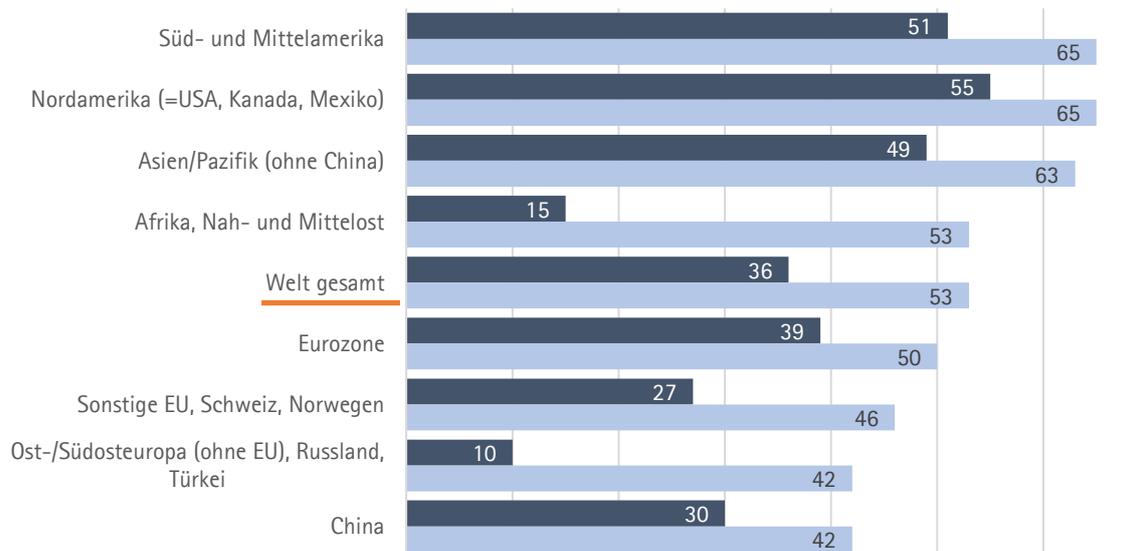
■ Herbst 2018 ■ Frühjahr 2018

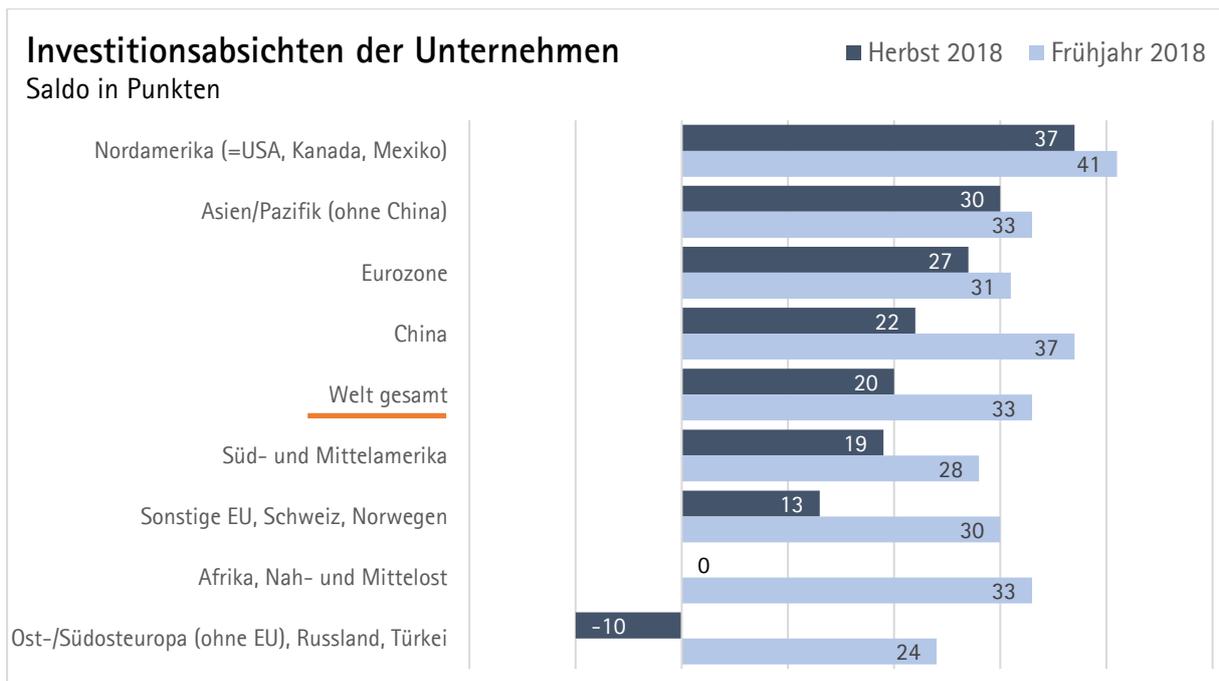
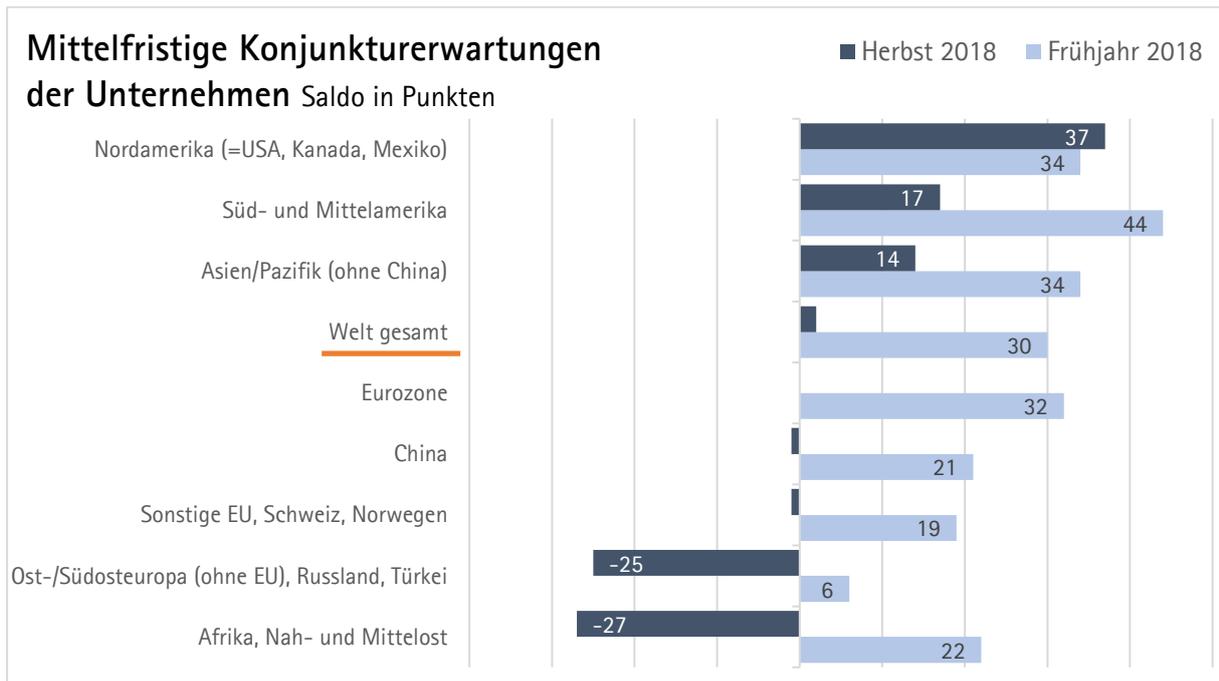


Geschäftserwartungen der Unternehmen

Saldo in Punkten

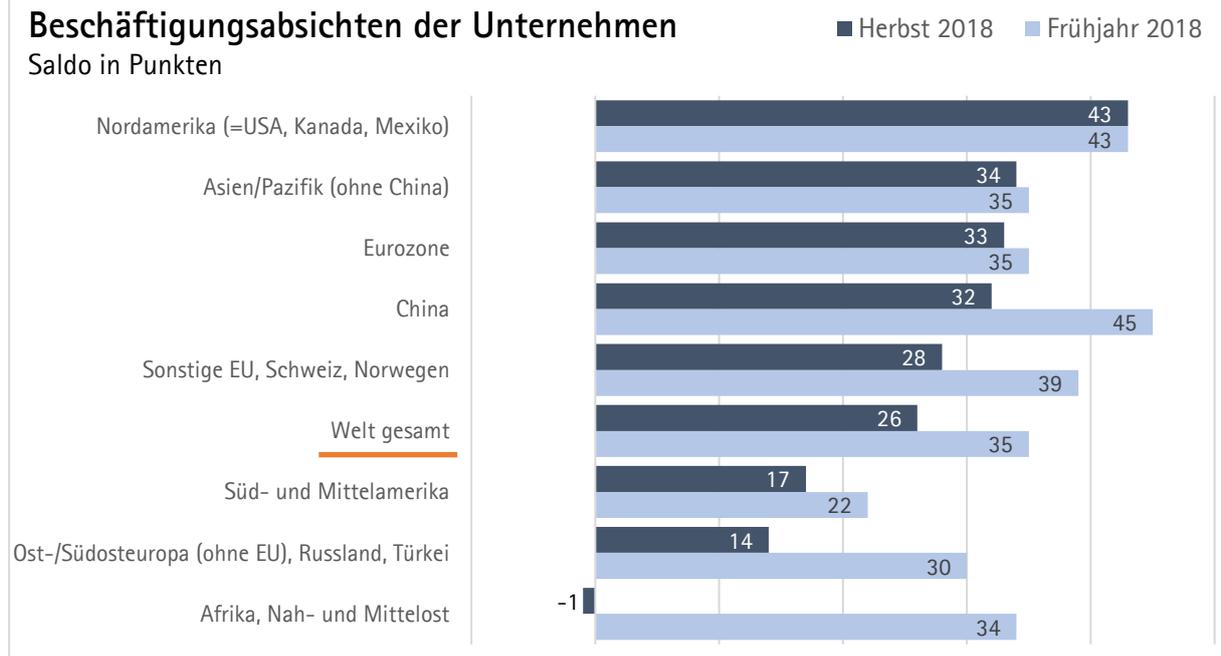
■ Herbst 2018 ■ Frühjahr 2018





Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Saldo in Punkten



Risiken in der Eurozone

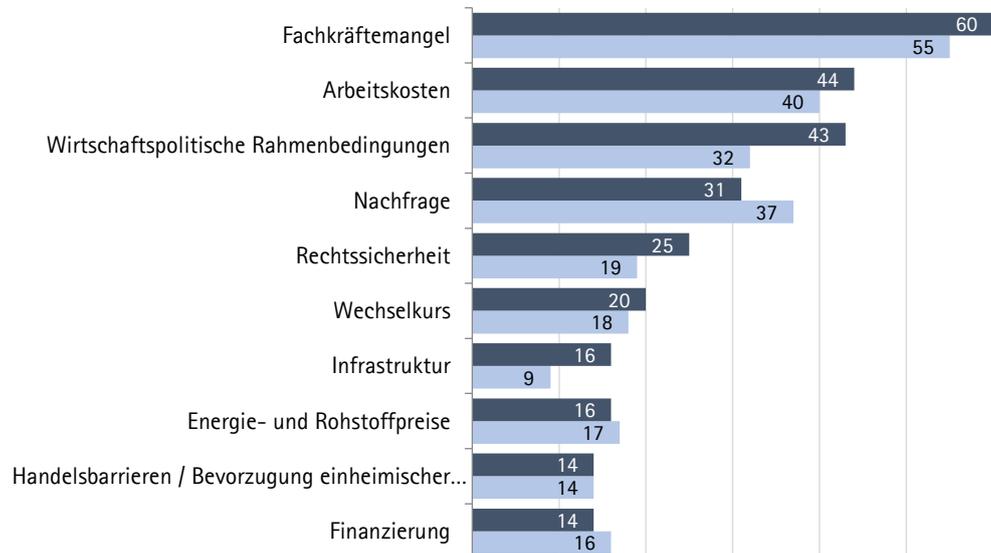
in Prozent



Risiken in der Sonstigen EU, Schweiz, Norwegen

in Prozent

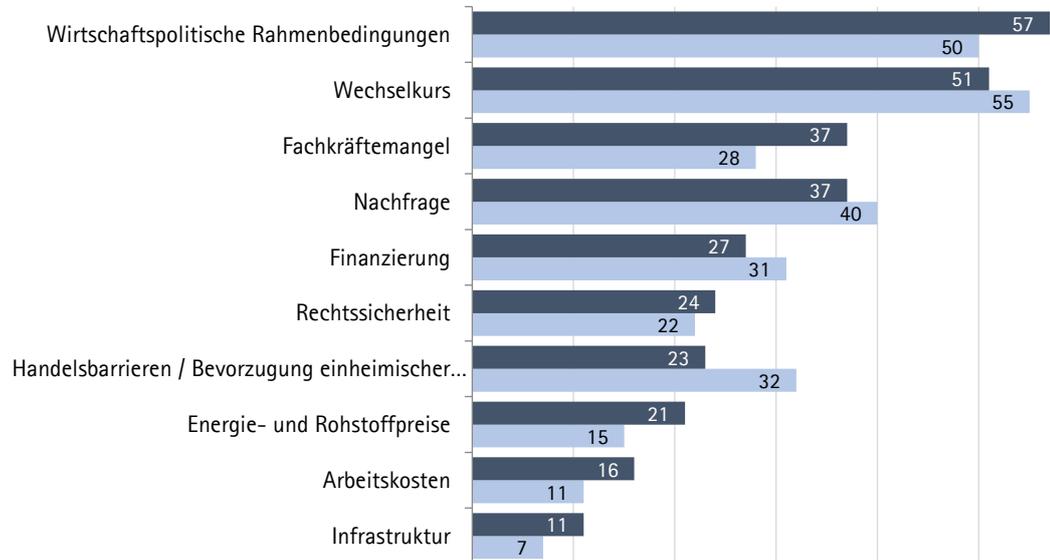
■ Herbst 2018
■ Frühjahr 2018



Risiken in Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei

in Prozent

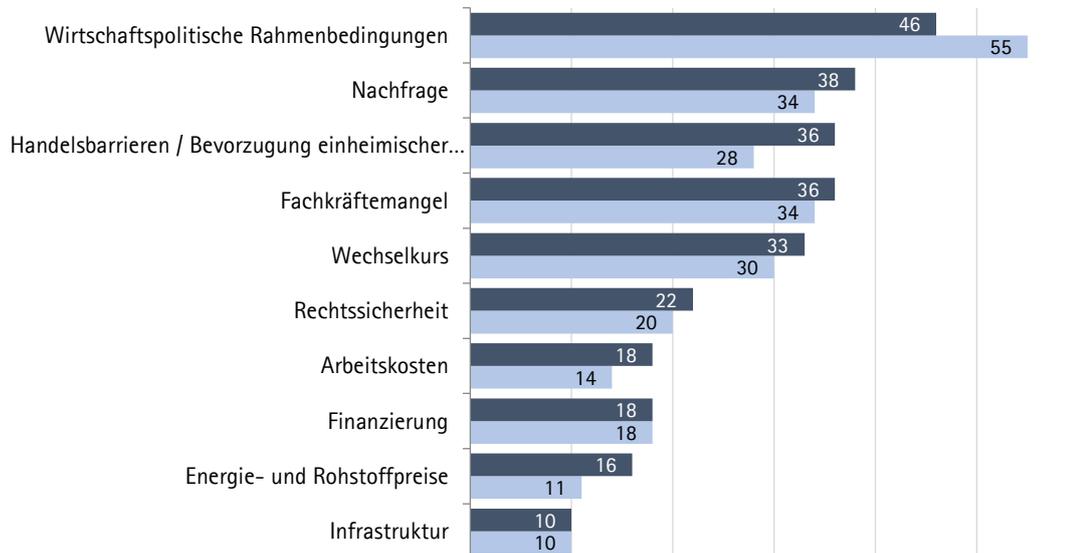
■ Herbst 2018
■ Frühjahr 2018



Risiken in Nordamerika (=USA, Kanada, Mexiko)

in Prozent

■ Herbst 2018
■ Frühjahr 2018



Risiken in Süd- und Mittelamerika

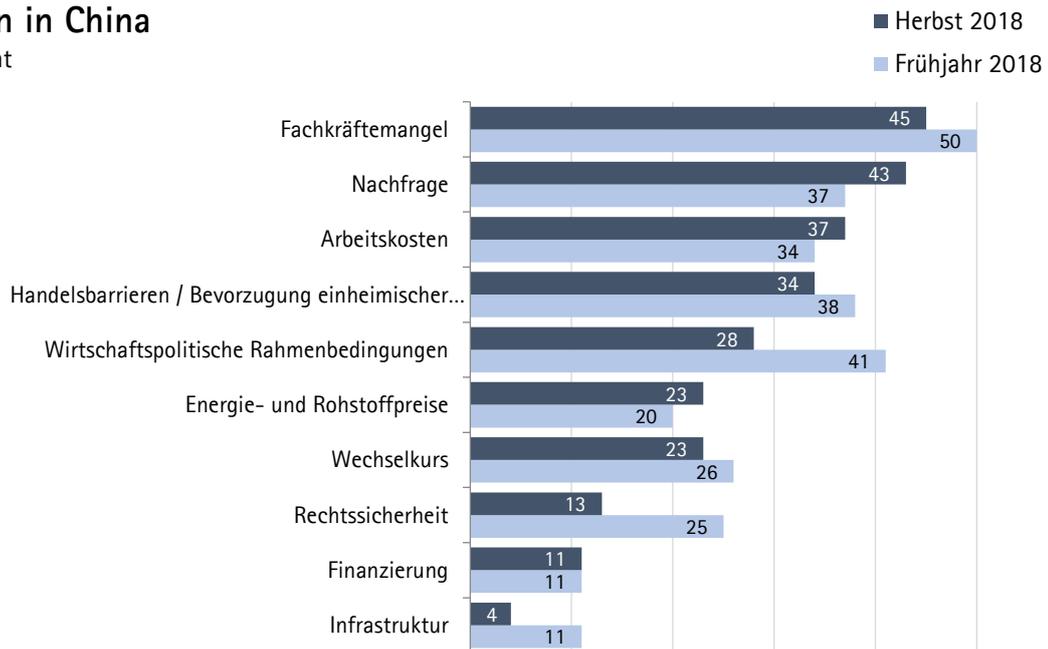
in Prozent

■ Herbst 2018
■ Frühjahr 2018



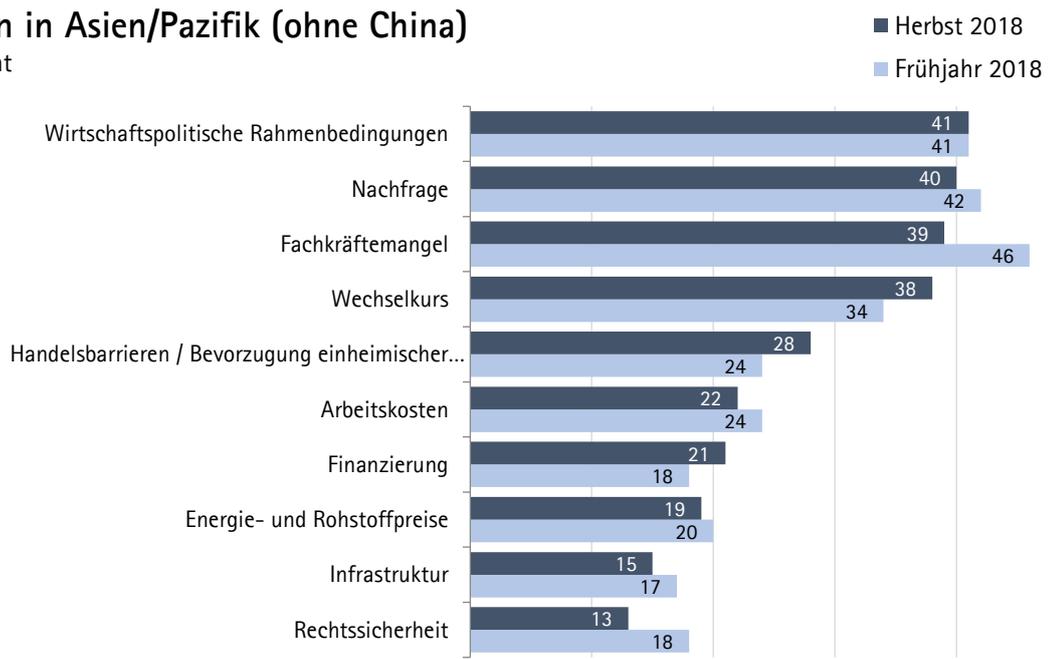
Risiken in China

in Prozent



Risiken in Asien/Pazifik (ohne China)

in Prozent





Fragebogen

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige geschäftliche Lage Ihres Unternehmens?

- gut
- befriedigend
- schlecht

Welche geschäftliche Entwicklung erwarten Sie für Ihr Unternehmen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten?

- besser
- gleich bleibend
- schlechter

Wie beurteilen Sie die mittelfristige konjunkturelle Entwicklung vor Ort?

- besser
- gleich bleibend
- schlechter

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleich bleibend
- geringer
- keine Investitionen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleich bleibend
- geringer

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten? (Mehrfachantworten möglich)

- Nachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Rechtssicherheit
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
- Infrastruktur
- Handelsbarrieren / Bevorzugung einheimischer Unternehmen